

Jahresabschluss 2014 der Entsorgungsbetriebe Lübeck

| Bilanz

| Gewinn- und Verlustrechnung

| Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bilanz

A K T I V A	31.12.2014 EUR	Vorjahr EUR	P A S S I V A	31.12.2014 EUR	Vorjahr EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			A. EIGENKAPITAL		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	417.721,33	569.615,53	I. Stammkapital	5.112.918,21	5.112.918,21
II. Sachanlagen			II. Rücklagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	58.911.109,53	61.749.768,21	1. Allgemeine Rücklage	2.547.884,60	2.547.884,60
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	351.407,50	355.140,50	2. Rücklage aus kalkulatorischen Einnahmen	59.447.016,93	59.447.016,93
3. Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu der Nummer 1 oder 2 gehören	1.792.561,09	1.859.658,34	3. Rücklage aus öffentlichen Zuschüssen	56.547.236,31	56.547.236,31
4. Abfall-/Abwasserbehandlungs-/beseitigungsanlagen	60.516.704,68	62.354.571,99		118.542.137,84	118.542.137,84
5. Abwassersammlungs-/transport-/lagerungsanlagen	294.255.972,70	283.146.303,39	III. Gewinn/Verlust		
6. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu der Nummer 4 oder 5 gehören	450.417,63	493.024,63	1. Gewinn/Verlust des Vorjahres	3.073.623,75	-2.207.545,84
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.695.534,56	9.478.903,70	2. Verwendung für die Einstellung in die Rücklage aus kalkulatorischen Einnahmen	0,00	0,00
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	23.491.751,50	31.590.939,77	3. Jahresgewinn	10.561.380,32	5.281.169,59
	450.465.459,19	451.028.310,53		13.635.004,07	3.073.623,75
III. Finanzanlagen				137.290.060,12	126.728.679,80
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	201.500,00	201.500,00	B. EMPFANGENE ERTRAGSZUSCHÜSSE		
2. Beteiligungen	5.050,00	5.050,00		80.059.858,84	80.574.012,62
3. Genossenschaftsanteile	250,00	250,00	C. SONDERPOSTEN FÜR ZUSCHÜSSE ZUM ANLAGEVERMÖGEN		
	206.800,00	206.800,00		2.469.906,88	2.474.689,11
	451.089.980,52	451.804.726,06	D. RÜCKSTELLUNGEN		
B. UMLAUFVERMÖGEN			1. Rückstellungen für Gebührenaussgleich	8.818.062,29	5.325.203,00
I. Vorräte			2. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.882.678,00	3.388.773,80
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	882.054,33	1.008.639,71	3. Sonstige Rückstellungen	43.123.340,32	45.623.394,52
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				55.824.080,61	54.337.371,32
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	18.636.419,66	10.380.988,56	E. VERBINDLICHKEITEN		
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	16.588,81	37.961,30	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	199.362.422,74	207.050.167,28
3. Forderungen an die Hansestadt Lübeck	6.321.658,72	12.038.613,65	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.758.886,72	4.149.342,85
4. Sonstige Vermögensgegenstände	54.415,07	96.028,97	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	43.849,33	49.558,39
	25.029.082,26	22.553.592,48	4. Verbindlichkeiten gegenüber der Hansestadt Lübeck	2.200.110,81	2.843.326,13
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	5.374.474,37	2.879.478,20	5. Sonstige Verbindlichkeiten	418.300,80	118.386,94
	31.285.610,96	26.441.710,39		206.783.570,40	214.210.781,59
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN					
	51.885,37	79.097,99			
	482.427.476,85	478.325.534,44		482.427.476,85	478.325.534,44

Entsorgungsbetriebe Lübeck, Lübeck

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		89.941.337,78	80.206.243,75
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		714.931,62	525.261,55
3. Sonstige betriebliche Erträge		3.774.828,74	8.699.874,55
		94.431.098,14	89.431.379,85
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.912.039,98		9.753.953,36
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.395.906,82		8.654.628,00
		16.307.946,80	18.408.581,36
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	22.083.343,73		21.122.888,99
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung und Unterstützung: EUR 370.529,78 (Vorjahr: TEUR 358) -	6.569.907,07		6.605.227,85
		28.653.250,80	27.728.116,84
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		18.897.929,51	17.767.681,92
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		11.886.139,64	11.746.921,78
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 88.420,52 (Vorjahr: TEUR 61) -		104.724,22	88.991,82
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon aus der Aufzinsung: EUR 252.307,00 (Vorjahr: TEUR 266) -		8.086.121,37	8.445.346,03
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		10.704.434,24	5.423.723,74
11. Außerordentliche Aufwendungen		48.880,20	48.880,20
12. Sonstige Steuern		94.173,72	93.673,95
13. Jahresgewinn		10.561.380,32	5.281.169,59

Nachrichtlich: Behandlung des Jahresgewinns:

zur Einstellung in die Rücklagen: EUR 10.561.380,32

Anhang der Entsorgungsbetriebe Lübeck, Lübeck, für das Geschäftsjahr 2014

A. Allgemeine Angaben

Bei den Entsorgungsbetrieben Lübeck (EBL) handelt es sich um eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung i. S. d. § 101 Abs. 4 GO.

Der Jahresabschluss wurde daher unter Beachtung der Ansatz-, Gliederungs- und Bewertungsvorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften, der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) und deren Ausführungsbestimmungen sowie der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) aufgestellt.

Ertragszuschüsse

Die Möglichkeit, die EBL teilweise nach den Vorschriften der EigVO zu führen, wurde dahingehend in Anspruch genommen, dass die Vorschrift zur Auflösung der empfangenen Ertragszuschüsse nicht angewendet wurde (§ 20 Abs. 3 EigVO). Nach § 20 Abs. 3 EigVO wären die empfangenen Ertragszuschüsse mit einem Zwanzigstel jährlich aufzulösen. Um ein Auseinanderfallen der Ertragslage zwischen HGB und KAG in diesem Punkt zu vermeiden, wurde insofern die ab 1. Januar 2005 nach dem KAG vorgenommene Auflösung der empfangenen Ertragszuschüsse auch in den handelsrechtlichen Jahresabschluss übernommen.

B. Rechnungslegungsgrundsätze

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die **entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige kumulierte Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer vorgenommen.

Das **Sachanlagevermögen** ist mit den aktivierungspflichtigen Anschaffungs-/Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten der Deponie wurden anhand der Verfüllung abgeschrieben.

Seit dem 1. Januar 2008 werden abnutzbare bewegliche geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten über EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 gemäß § 6 Abs. 2 a EStG in einen Sammelposten eingestellt und linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Gegenständen des **Anlagevermögens** über dem Wert liegt, der ihnen am Bilanzstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen. Stellt sich in einem späteren Geschäftsjahr heraus, dass die Gründe hierfür nicht mehr bestehen, so wird der Betrag dieser Abschreibungen im Umfang der Werterhöhung unter Berücksichtigung der Abschreibungen, die inzwischen vorzunehmen gewesen wären, zugeschrieben.

Die Bewertung der **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** erfolgt zu Anschaffungskosten einschließlich Anschaffungsnebenkosten oder niedrigeren Zeitwerten, wobei für Lager- und Verwertungsrisiken Abschläge in angemessenem Umfang vorgenommen wurden.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zu Nennwerten angesetzt. Alle erkennbaren Einzelrisiken werden bei der Bewertung berücksichtigt. Für das allgemeine Kreditrisiko ist eine Pauschalwertberichtigung für Forderungen aus dem Liefer- und Leistungsverkehr mit 1,5 % gebildet.

Die **empfangenen Ertragszuschüsse** werden gemäß einem Beschluss der Bürgerschaft aufgelöst (rd. EUR 1,6 Mio.). Hierzu verweisen wir ergänzend auf die Ausführungen unter A. Allgemeine Angaben in diesem Anhang.

Die **Rückstellung für Gebührenaussgleich** beinhaltet die Kostenüberdeckungen gemäß KAG der Vergangenheit. Basis der Bildung bzw. des Verbrauchs der Rückstellung für Gebührenaussgleich sind die jeweiligen KAG-Nachkalkulationen zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung. Anpassungen in den KAG-Nachkalkulationen und damit der Rückstellungshöhe können sich zukünftig noch ergeben, soweit die KAG-Nachkalkulationen zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung noch nicht endgültig sind.

Die **Pensionsverpflichtungen** werden versicherungsmathematisch unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafel 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck) nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Bei der Festlegung des laufzeitkongruenten Rechnungszinssatzes wurde in Anwendung des Wahlrechts nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB der von der Deutschen Bundesbank ermittelte und veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz der letzten sieben Jahre verwendet, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der zum Bilanzstichtag verwendete Rechnungszinssatz beträgt 4,53 % (Vj. 4,88 %).

Zukünftig erwartete Entgelt-, Renten- und Beihilfesteigerungen werden bei der Ermittlung der Verpflichtung berücksichtigt. Dabei wird derzeit von jährlichen Anpassungen bei den Entgelten und Renten von jeweils 2,0 % sowie bei den Beihilfen von 2,5 % ausgegangen. Die Bewertung berücksichtigt keine unternehmensspezifische Fluktuationsrate.

Durch **die erstmalige Anwendung der Bestimmungen des BilMoG** (Neubewertung der Pensionsverpflichtungen) hat sich zum 1. Januar 2010 eine Unterdotierung in Höhe von EUR 733.203,00 ergeben. In Anwendung des Übergangswahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird der Unterschiedsbetrag über eine Laufzeit von 15 Jahren verteilt. Im Geschäftsjahr 2014 erfolgte entsprechend eine Zuführung in Höhe von EUR 48.880,20, die im außerordentlichen Aufwand ausgewiesen ist. Zum 31. Dezember 2014 betragen die infolge der Übergangsregelung nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsverpflichtungen EUR 488.802,00.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bewertet. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichend objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank zum Bilanzstichtag ermittelt wurde, abgezinst.

Aus der erstmaligen Anwendung der Bestimmungen des BilMoG hat sich zum 1. Januar 2010 eine Überdotierung der verfallungsabhängigen **Rückstellung für Deponienachsorge** in Höhe von EUR 12.673.033,00 ergeben. In Anwendung des Übergangswahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wird der ursprüngliche Rückstellungsbetrag beibehalten. Zum 31. Dezember 2014 beträgt der infolge der Übergangsregelung in der Bilanz ausgewiesene Betrag der Überdotierung EUR 6.159.012,59 (Vorjahr EUR 7.676.648,59). Bei der Berechnung der Deponierückstellung wurde der Deponieschluss im Jahre 2035 geplant (Vorjahr Deponieschluss 2060).

Die **Verbindlichkeiten** werden zum Erfüllungsbetrag bilanziert.

C. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

1. Anlagevermögen

Die gesondert dargestellte Entwicklung des Anlagevermögens ist integraler Bestandteil des Anhangs.

2. Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der HL

Von den Forderungen gegen die HL entfallen EUR 3,2 Mio. (VJ. EUR 9,5 Mio.) auf die Straßenbaulastträgerpauschalen. Die Forderungen gegen die HL haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr, im Vorjahr bestanden langfristige Forderungen von EUR 3,4 Mio.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der HL betreffen Verwaltungskostenumlagen in Höhe von rd. EUR 1,0 Mio. (Vj. rd. EUR 1,6 Mio.).

3. Forderungen und Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen

Die Forderungen und Verbindlichkeiten bestehen gegen die Entsorgungszentrum Lübeck GmbH.

4. Rückstellungen

Die Gebührenausgleichsrückstellung betrifft mit EUR 6,1 Mio. den Abwasserbereich und mit EUR 2,7 Mio. den Abfallbereich.

Die Pensionsrückstellungen berücksichtigen die Anwartschaften und die laufenden Leistungen von 29 (Vj. 29) Personen.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Deponienachsorge (EUR 38,8 Mio., Vj. EUR 40,8 Mio.), Abwasserabgabe (rd. EUR 0,9 Mio., Vj. EUR 0,9 Mio.), Altersteilzeit (EUR 1,3 Mio., Vj. EUR 1,8 Mio.) sowie weitere Verpflichtungen aus dem Personalbereich (EUR 1,6 Mio., Vj. EUR 1,6 Mio.).

5. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	Restlaufzeit			
	Insgesamt Mio. EUR	davon		
		bis 1 Jahr Mio. EUR	über 1 Jahr bis 5 Jahre Mio. EUR	über 5 Jahre Mio. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vj.)	199,4 (207,1)	21,4 (25,1)	51,0 (48,2)	127,0 (133,8)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vj.)	4,8 (4,1)	4,8 (4,1)	0,0 (0)	0,0 (0)
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vj.)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
Verbindlichkeiten gegenüber der				
4. HL (Vj.)	2,2 (2,8)	2,2 (2,8)	0,0 (0)	0,0 (0)
5. Sonstige Verbindlichkeiten (Vj.)	0,4 (0,1)	0,4 (0,1)	0,0 (0)	0,0 (0)
	<u>206,8</u> (214,2)	<u>28,8</u> (32,1)	<u>51,0</u> (48,2)	<u>127,0</u> (133,8)

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Zinsabgrenzungen in Höhe von EUR 0,4 Mio. (Vj. EUR 0,5 Mio.) enthalten.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

	2014		Vorjahr	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Entwässerung	48,2	53,6	43,8	54,6
Abfallwirtschaft	33,5	37,3	26,8	33,4
Straßenreinigung/Winterdienst	6,3	7,0	6,9	8,6
Übrige	1,9	2,1	2,7	3,4
	<u>89,9</u>	<u>100,0</u>	<u>80,2</u>	<u>100,0</u>

2. Sonstige Erträge und Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Erträgen werden Erträge aus der Gebührenaussgleichsrückstellung in Höhe von EUR 0,1 Mio. (Vj. EUR 4,8 Mio.), die Erträge aus der Auflösung der empfangenen Ertragszuschüsse von 1,6 Mio. (Vj. EUR 1,6 Mio.) und der Ausgleichsposten für die Deponierückstellung von EUR 0,9 Mio. (Vj. EUR 0,9 Mio.) ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten mit EUR 3,6 Mio. (Vj. EUR 3,8 Mio.) die Zuführung zur Rückstellung für den Gebührenaussgleich sowie Verwaltungskosten von EUR 1,7 Mio. (Vj. EUR 1,6 Mio.)

3. Auf- und Abzinsung von Rückstellungen

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen betreffen in Höhe von EUR 252.307,00 (Vj. EUR 266.120,00) Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

4. Außerordentliche Aufwendungen

Hierin sind Aufwendungen in Höhe von EUR 48.880,20 aus BilMoG-Folgeeffekten bei den Pensionsverpflichtungen enthalten.

D. Sonstige Angaben

1. Beteiligungsverhältnisse

Dem Sondervermögen Entsorgungsbetriebe Lübeck sind zum Bilanzstichtag sämtliche Anteile an der Entsorgungszentrum Lübeck GmbH, Lübeck, wirtschaftlich zugeordnet. Gesellschaftsrechtlich wird die Beteiligung von der Hansestadt Lübeck gehalten. Das Eigenkapital der Gesellschaft betrug zum 31. Dezember 2014 insgesamt TEUR 937. Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2014 ein Jahresergebnis von TEUR 154.

2. Personal

Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Werkleitung, Auszubildende und Zeitverträge) beträgt:

	Anzahl 2014	Anzahl 2013
Beschäftigte	527	530
Beamte	13	17
	<u>540</u>	<u>547</u>

3. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Haftungsverhältnisse bestehen nicht.

Es bestehen **sonstige finanzielle Verpflichtungen** aus Miet- und Leasingverträgen in Höhe von rd. EUR 0,1 Mio. sowie aus Sachanlageinvestitionen in Höhe von rd. EUR **6,3** Mio.

4. Honorar für Leistungen des Abschlussprüfers

Im Geschäftsjahr 2014 betrug das Honorar für Abschlussprüfungsleistungen TEUR **60**, für sonstige Bestätigungsleistungen TEUR **3** sowie für Beratungsleistungen TEUR **40**.

5. Organe der Gesellschaft

- Direktion

Herr Dr.-Ing. Jan-Dirk Verwey, Diplom-Ingenieur, Lübeck

Von der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

- stimmberechtigte Mitglieder des Werkausschusses 2014

Vorsitzender:		Abler, Henri
Stellvertretender Vorsitzender:		Quirder, Harald
SPD	Zahn, Frank Quirder, Harald Reinhardt, Peter Abler, Henri Wiese, Thomas	Polizist Eisenbahner Technischer Angestellter Diplom-Betriebswirt Industriekaufmann
CDU	Freitag, Dirk Krause, Ulrich Büttner, Günter Rohlf, Klaus Hinrich	Unternehmer Rechtsanwalt Diplom-Ingenieur Unternehmer
Bündnis 90/Die Grünen	Mählenhoff, Silke Koß, Dr. Volker	Angestellte ö. D. Umwelttechniker
BfL	Niewöhner, Marcellus	Betriebswirt
Linke	Jansen, Antje	Erzieherin
FDP	Blunk, Dr. Michaela	Pensionärin
Piraten	Horstmann, Werner	Diplom-Designer

Vertreter

SPD	Lengen, Dr. Marek Rewohl, Dirk Burmester, Gerhard Thiem, Bernd-Olaf Lange, Klaus Kröger, Thomas	Lehrer, Diplom-Physiker Diplom-Sozialpädagoge Beamter i. R. k. A. IT-Berater Sachbearbeiter
CDU	Wind-Olßen, Ursula Gutjahr, Carsten (bis 12/2014) Mathus-Calderon, Gerhard Kucharzik, Martin Schmidt, Jürgen Ziebell, Brigitte	Diplom-Rechtspflegerin / Oberamtsanwältin Polizeibeamter k. A. k. A. Jurist Sekretärin i. R.
Bündnis 90/Die Grünen	Wosnitza, Günter (bis 03/2014) Aslanidis , Spyridon (bis 05/2014) Kusch, Manuela Erdmann, Eckhard Ramcke, Arne-Matz (ab 12/2014)	k. A. k. A. Assistentin an Bibliotheken k. A. Eventmanager
BfL	Ulrich, Lars Scholz, Günter Mewes, Bernd Rhenius, Harro	Diplom-Volkswirt Ministerialbeamter a. D. Sachbearbeiter Kaufmann
Linke	Martens, Hans-Jürgen Schönherr, Robert Bochynski, Hans-Peter	Groß- und Außenhandelskaufmann Doktorand Kaufmann
FDP	Kirch, Manfred Goldschmidt, Nico (bis 09/2014) Sanders, Uwe (bis 04/2015) Kröger, Hans (ab 12/2014)	Kaufmann Diplom-Ingenieur Staatl. Gepr. Betriebswirt / Rentner Rentner
Piraten	Langbehn, Bastian Berrakkarasu, Yavuz Schleusener, Tim (bis 02/2015) Bussat, Stefanie (bis 08/2014) Stolzenberg, Detlev Federsel, Martin	Selbstständiger Dreher k. A. Selbstständige Stadtplaner Arzt

Die Mitglieder des Werkausschusses erhielten in 2014 Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt EUR **2.691,00**.

Lübeck, 30. September 2015

Entsorgungsbetriebe Lübeck

A handwritten signature in blue ink, consisting of a series of connected loops and a vertical stroke at the end.

Direktion

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen					Buchwerte		
	Stand 1.1.2014 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Stand 31.12.2014 EUR	Stand 1.1.2014 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Stand 31.12.2014 EUR	Stand 31.12.2014 EUR	Stand Vorjahr EUR
	I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	2.478.792,15	102.944,59	0,00	57.467,83	2.639.204,57	1.909.176,62	312.306,62	0,00	0,00	2.221.483,24	417.721,33	569.615,53
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	91.516.395,42	38.291,37	0,00	361.431,00	91.916.117,79	29.766.627,21	3.238.381,05	0,00	0,00	33.005.008,26	58.911.109,53	61.749.768,21
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	414.862,24	0,00	0,00	0,00	414.862,24	59.721,74	3.733,00	0,00	0,00	63.454,74	351.407,50	355.140,50
3. Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu der Nummer 1 oder 2 gehören	2.786.262,04	11.958,00	0,00	49.864,75	2.848.084,79	926.603,70	128.920,00	0,00	0,00	1.055.523,70	1.792.561,09	1.859.658,34
4. Abfall-/Abwasserbehandlungs-/beseitigungsanlagen	128.386.914,65	1.460.992,91	0,00	2.505.327,88	132.353.235,44	66.032.342,66	5.804.188,10	0,00	0,00	71.836.530,76	60.516.704,68	62.354.571,99
5. Abwassersammelungs-/transport-/lagerungsanlagen	384.340.588,16	6.145.739,65	141.750,24	11.775.136,19	402.119.713,76	101.194.284,77	6.738.086,00	68.629,71	0,00	107.863.741,06	294.255.972,70	283.146.303,39
6. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu der Nummer 4 oder 5 gehören	935.501,28	0,00	33.299,04	0,00	902.202,24	442.476,65	42.607,00	33.299,04	0,00	451.784,61	450.417,63	493.024,63
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	31.070.799,07	3.308.812,71	868.929,37	604.485,08	34.115.167,49	21.591.895,37	2.629.707,74	801.970,18	0,00	23.419.632,93	10.695.534,56	9.478.903,70
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	31.590.939,77	7.254.524,46	0,00	-15.353.712,73	23.491.751,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	23.491.751,50	31.590.939,77
	671.042.262,63	18.220.319,10	1.043.978,65	-57.467,83	688.161.135,25	220.013.952,10	18.585.622,89	903.898,93	0,00	237.695.676,06	450.465.459,19	451.028.310,53
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	673.521.054,78	18.323.263,69	1.043.978,65	0,00	690.800.339,82	221.923.128,72	18.897.929,51	903.898,93	0,00	239.917.159,30	450.883.180,52	451.597.926,06
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	201.500,00	0,00	0,00	0,00	201.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	201.500,00	201.500,00
2. Beteiligungen	5.050,00	0,00	0,00	0,00	5.050,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.050,00	5.050,00
3. Genossenschaftsanteile	250,00	0,00	0,00	0,00	250,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	250,00	250,00
	206.800,00	0,00	0,00	0,00	206.800,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	206.800,00	206.800,00
Anlagevermögen Gesamt	673.727.854,78	18.323.263,69	1.043.978,65	0,00	691.007.139,82	221.923.128,72	18.897.929,51	903.898,93	0,00	239.917.159,30	451.089.980,52	451.804.726,06

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Entsorgungsbetriebe Lübeck, Lübeck, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014 geprüft. Durch § 13 Abs. 1 Nr. 3 KPG SH wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 Abs. 1 Nr. 3 KPG SH unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gem. § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Lübeck, 14. April 2016

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Herbers
Wirtschaftsprüfer

gez. Wiesing-Weißbarth
Wirtschaftsprüferin